

17. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

### **Personalpolitik II: Shared Services Potentiale nutzen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2014/15 damit zu beginnen, das Personalmanagement der Verwaltung zu einer Steuerungseinheit für Personal- und Organisationsentwicklung auszubauen und hierbei eine einheitliche Steuerung der Prozesse in der Verwaltung zur Entwicklung von Führungskräften und Führungskräftenachwuchs, zur Einführung eines Bewerbungsmanagements für alle Nachwuchskräfte (einschließlich der Auszubildenden) im allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienst der Verwaltung einzurichten sowie die Etablierung eines Sozialberatungs-angebotes für alle Beschäftigten aufzubauen.
2. Bei der Erstellung von Personalbedarfskonzepten solche Aufgabenfelder zu identifizieren und besonders zu berücksichtigen, in denen die Aufgabenerledigung (z. B. IT-Leistungen, Personalverwaltung) gebündelt werden kann.
3. Im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung ist sicher zu stellen, dass die Personalaktenführung der Hauptverwaltung im Landesverwaltungsamt gebündelt wird.
4. Die inhaltlichen Zuständigkeiten der Berliner Bezirke bleiben unberührt. Die Bildung eines Landespersonalamtes wird abgelehnt.

***Begründung:***

Eine moderne und effizient arbeitende Verwaltung ist der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger Berlins, den es zu erfüllen gilt. Daher müssen bei der aufgabenkritischen Betrachtung des Personalbedarfs die bürgernahen Dienstleistungsbereiche Priorität genießen. Eine kluge Nutzung von Shared Services-Potentialen kann zudem einen wichtigen Betrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Berlin, 20. August 2013

Saleh Flesch  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der SPD

Graf Goiny  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU